



## PRESSEMITTEILUNG

### Informationen:

Pressestelle der Stadt Mainz  
06131 - 12 2220 /-21 /-18  
e-mail: pressestelle@stadt.mainz.de

### oder

Kreisausschuss des Kreises Groß-Gerau  
Öffentlichkeitsarbeit, Tel.: 06152/ 989-545

### Sprecher der ZRM:

**Thomas Will**  
Landrat des Kreises Groß-Gerau  
**Katrin Eder**  
Beigeordnete Stadt Mainz  
**Herbert Hunkel**  
Bürgermeister der Stadt Neu-  
Isenburg

29.10.2020

„Zukunft Rhein-Main“ legt mit Blick auf Corona-Krise umfangreiches Positionspapier vor:

**„Mobilitätsstrukturen ändern: Markantem Einbruch der Flugbewegungen muss Umdenken hin zu umwelt- und sozialverträglichem Luftverkehr folgen“**

KREIS GROSS-GERAU / LANDESHAUPTSTADT MAINZ / STADT NEU-ISENBURG – Die Initiative „Zukunft Rhein-Main“ (ZRM) spricht sich angesichts der heftigen Einbrüche der Flugbewegungszahlen am Frankfurter Flughafen für ein Umdenken hin zu einem umwelt- und sozialverträglichen Luftverkehr aus und wartet mit einem umfangreichen Forderungskatalog auf, der sich an die Luftverkehrsbranche und die Bundes- und Landesregierung richtet.

„Die Corona-Pandemie hat tiefgreifende Veränderungen in Gang gesetzt und die Krisenanfälligkeit der Luftverkehrsbranche offengelegt. Jetzt wäre eine Neuausrichtung der Luftverkehrsindustrie angesagt, die sich an nachhaltigen Zielen zum Schutz von Klima, Umwelt und der Bevölkerung orientiert. Der Bedarf an Flugreisen wird sich verändern oder gar abnehmen und teilweise durch digitale Lösungen wie z.B. Home-Office, Telefon- und Videokonferenzen ersetzt“, so Thomas Will, Landrat des Kreises Groß-Gerau und Sprecher der ZRM.

Die Flugbewegungszahlen sind auf das Niveau der 1980er-Jahre gesunken und nach Informationen der Deutschen Flugsicherung werde es noch Jahre dauern, bis sich die Luftverkehrsbranche von diesem Schock erholt. „Mit Sorge blicken wir auf das Schicksal der vielen Beschäftigten, die von Arbeitslosigkeit bedroht sind. Selbstverständlich ist es uns ein wichtiges Anliegen, Beschäftigungsverluste zu verhindern. Hierfür sollte die Luftverkehrsindustrie Konzepte entwickeln, um Arbeitsplätze an neue

Arbeitserfordernisse eines klimaverträglichen Luftverkehrs anzupassen und zukunftsfähiger zu machen“, ergänzt Thomas Will.

Die ZRM-Sprecher\*innen appellieren daher an die Luftverkehrsindustrie, mehr Verantwortung für den Klimaschutz und das Wohl der lärmgeplagten Bevölkerung zu übernehmen. „Es ist angesichts des Klimawandels nicht mehr verantwortbar, wirtschaftliche Interessen um jeden Preis in den Vordergrund zu stellen und das Klima, die Bevölkerung und die Natur noch länger mit Treibhausgasen und Fluglärm zu belasten, da es nachhaltigere und weniger lärmintensive Alternativen gibt“, sagt Katrin Eder, Umweltdezernentin der Stadt Mainz und Sprecherin der ZRM.

Bürgermeister Herbert Hunkel, Sprecher der Initiative: „Wir plädieren dafür, den Einsatz von leiseren Flugzeugen und klimafreundlicheren Treibstoffen verstärkt zu fördern und das Nachtflugverbot - wie seit Jahren gefordert - auf 22.00 bis 6.00 Uhr auszudehnen und die Zahl der Flugbewegungen auf ein realistisches Maß zu reduzieren. Mit diesen Maßnahmen können wir sowohl für den Klimaschutz als auch für den Lärmschutz sehr schnell sehr viel erreichen.“

Zur Einhaltung der Klimaziele darf jeder Mensch nicht mehr als 2 Tonnen CO<sub>2</sub> pro Jahr produzieren. In Deutschland liegt der Verbrauch jedoch bei rund 9 Tonnen CO<sub>2</sub> pro Person, sodass bereits ein Hin- und Rückflug auf die Kanaren dazu führt, dass dieses Limit von 2 Tonnen CO<sub>2</sub> überschritten wird.

Das Fliegen per se will die ZRM nicht verteufeln. Angesichts des Klimawandels wird jedoch nachdrücklich empfohlen, das eigene Mobilitätsverhalten zu hinterfragen und nach Möglichkeit auf klimafreundlichere Verkehrsträger auszuweichen, die in vielen Fällen sogar günstiger sind. Auch sollten Arbeitgeber auf nicht notwendige Dienstreisen verzichten und verstärkt auf digitale Technik setzen.

Das ZRM-Trio befürwortet zudem eine konsequente Verlagerung von Kurzstreckenflügen auf die Schiene, sobald die Distanz unter 600 km bzw. die Fahrtzeit unter 4 Stunden liegt. Zumal die meisten Flüge, die von deutschen Flughäfen ausgingen, ohnehin nicht weiter als 600 km Distanz erreichten, sodass Reisende unkompliziert und mit wenig Zeitverzug auf die Bahn umsteigen und ein spürbarer Beitrag zum Klimaschutz geleistet werden könne. Eine Zugfahrt von Frankfurt nach Hamburg, so die ZRM, sei oftmals sogar günstiger

als ein Flug und mit einem ähnlichen Zeitaufwand verbunden. Ticketpreise für Flugreisen sollten sich nach Meinung der Sprecher\*innen zudem stringenter an den realen Kosten orientieren - und Kerosin besteuert werden. Ein Überangebot an künstlich generierten (Billig)Flugreisen sei zukünftig zu vermeiden.

Des Weiteren unterstützt die Initiative „Zukunft Rhein-Main“ den Vorschlag der Fluglärmkommission Frankfurt, einen Arbeitskreis auf Bundesebene einzurichten, der Perspektiven für einen klima- und umweltverträglichen sowie wirtschaftlich starken Luftverkehr erarbeitet. Außerdem soll dieser als Vermittler zwischen den Interessen der Politik und der Luftverkehrsindustrie fungieren und zu einem abgestimmten Vorgehen bei der Neuausrichtung der Luftverkehrsindustrie beitragen. „Ein Überangebot an Flügen und nicht ausgelasteten Fliegern und weitere Fehlplanungen, wie sie in der Vergangenheit entstanden sind, sollte es in einem nachhaltigen Luftverkehrskonzept nicht mehr geben“, so Katrin Eder abschließend.

\*\*\*